



23.016

**AHVG. Änderung
(Anpassung der Renten
an die Teuerung)****LAVS. Modification
(Adaptation des rentes
au renchérissement)***Zweitrat – Deuxième Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.03.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

Antrag der Mehrheit
Eintreten*Antrag der Minderheit*
(Kuprecht, Dittli, Gapany, Germann, Müller Damian)
Nichteintreten*Proposition de la majorité*
Entrer en matière*Proposition de la minorité*
(Kuprecht, Dittli, Gapany, Germann, Müller Damian)
Ne pas entrer en matière

AB 2023 S 74 / BO 2023 E 74

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Auch diese Vorlage haben wir in der Kommission gestern besprochen und hatten auch eine spannende Diskussion. Der Bundesrat hat am vergangenen Mittwoch die Botschaft und den Gesetzentwurf zu einer ausserordentlichen Anpassung der Renten verabschiedet; es ist das Geschäft 23.016. Die AHV- und IV-Renten, die Ergänzungsleistungen und die Überbrückungsleistungen sollen zusätzlich zur bereits erfolgten Rentenanpassung erhöht werden, damit die Teuerung von 2,8 Prozent im Jahr 2022 vollständig ausgeglichen wird. Zur Erinnerung: Aufgrund des Mischindexes hat der Bundesrat die Anpassung der Renten um 2,5 Prozent per 1. Januar 2023 schon beschlossen.

Mit dieser Gesetzesänderung soll die Motion 22.3792 der Mitte-Fraktion, "Kaufkraft schützen! Sofortiger Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten", umgesetzt werden. Der Ständerat hat diese Motion in der letzten Wintersession angenommen und damit den Bundesrat mit der Umsetzung beauftragt. Der Bundesrat hält fest, dass er den ersten Teil der Motion umsetzt. Da geht es um die sofortige Anpassung an die effektive Teuerung, nicht nur an die Anpassung gemäss Mischindex. Den zweiten Teil, der eine Anpassung bei der Umsetzung des Mischindexes fordert, nimmt sich der Bundesrat für später vor; das eilt auch nicht. Damit die bereits erfolgte Teuerung im Sinne der Motion rasch ausgeglichen werden kann, soll die Gesetzesänderung für dringlich erklärt werden.

Der Nationalrat ist dem Antrag der SGK-N gefolgt und mit 97 zu 92 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht auf den Entwurf eingetreten. Folgt der Ständerat dem Nationalrat und tritt auch nicht darauf ein, ist die Vorlage erledigt. Tritt der Ständerat ein und hält der Nationalrat an seinem Beschluss fest, ist die Vorlage ebenfalls erledigt – das zur Erklärung des Vorgehens. Wir führen jetzt heute die Eintretensdebatte.

Wir haben in der Kommission gestern die Eintretensdebatte geführt und sind mit 6 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen eingetreten. Die Gesamtabstimmung erzielte das gleiche Resultat. Ich werde, auch in Absprache





mit der Präsidentin, die grundsätzlichen Überlegungen schon in der Eintretensdebatte machen und kann mich dann kürzer halten, wenn wir die Gesetzesbestimmungen in der Fahne beraten – sofern wir eintreten.

Es ist, wie gesagt, so, dass die Angleichung aufgrund des Mischindex, die der Bundesrat schon vorgenommen hat, 2,5 Prozent beträgt. Die effektive Teuerung war bei 2,8 Prozent. Wir sprechen hier von 2022. Wenn man jetzt die Motion erfüllt – was der Bundesrat will –, dann muss man die 0,3 Prozent Differenz auf die Renten draufschlagen. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft aber festgehalten, dass er ein Problem hat, weil er eine rückwirkende Erhöhung vornehmen müsste. Das ist schwierig, denn es sind in der Zwischenzeit Leute gestorben, weggezogen oder zwischen dem 1. Januar und jetzt neu ins Rentenalter eingetreten. Deshalb hat der Bundesrat die Lösung vorgesehen, dass er auf 2,8 Prozent geht, die Umsetzung auf den 1. Juli vornimmt, damit die Umsetzungsvarianten vereinfacht und dafür den Teuerungsausgleich – also die 0,3 Prozent von 2,5 auf 2,8 Prozent – bis Ende 2024 gewährt.

Diese 0,3 Prozent ergeben bei einer Minimalrente einen aufgerundeten Zuschlag von 5 Franken pro Monat. Die heutige Minimalrente ist 1225 Franken. Aufgrund der Teuerung würde man sie dann um 5 Franken auf 1230 Franken erhöhen. Der Bundesrat hat dann noch festgehalten, dass die ersten sechs Monate des Jahres nicht enthalten wären, wenn er eine Umsetzung auf den 1. Juli vornimmt. Statt eine rückwirkende Erhöhung vorzunehmen, hat er einfach einen Betrag für diese sechs Monate eingesetzt. Das sind 2 Franken. Auch dieser Betrag ist aufgerundet. Somit ist die Anpassung bei der Minimalrente – ich spreche nur von der Minimalrente – 7 Franken pro Monat. Die Rente wird per 1. Juli 2023 von 1225 auf 1232 Franken angehoben. Die Maximalrente wird, gemäss dem gleichen System, um 14 Franken angehoben, von 2450 auf 2464 Franken.

Die Lösung des Bundesrates sieht auch vor, dass sich der Bund nicht an dieser Erhöhung beteiligt, sie geht nur zulasten des AHV-Ausgleichsfonds. Der Bund trägt sonst ja 20,2 Prozent zu den Renten bei. Das macht er hier nicht. Er hält aber auch fest, dass der Bundesbeitrag ab 2025 wieder dazukäme. Es gab eine entsprechende Frage in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Die Kommission hat gefragt: Falls der Bund diese 20,2 Prozent nicht beiträgt, wie sieht es dann aus, wenn wir wieder im normalen System sind, also per 1. Januar 2025? Es wird klar festgehalten, dass der Bundesbeitrag dann natürlich wieder für den ganzen Betrag gilt. Es ist nicht so, dass es für diese 7 Franken für ewig keinen Bundesbeitrag gibt. Ab dem 1. Januar 2025 gilt auch wieder der Mischindex.

Wir hatten eine lange, ausführliche, intensive und klärende Diskussion darüber, wie das überhaupt geht. Was ist mit diesen 7 Franken gemeint? Ist für den nächsten Teuerungsausgleich die Basis für den Mischindex die neue, um 7 Franken erhöhte Mindestrente, da die Teuerung ja eingerechnet wurde? Uns wurde klar gesagt, dass als Basis für die Berechnung des Mischindex per 1. Januar 2025 die Rente von Ende 2022 genommen und die Teuerung darauf angepasst wird. Wenn der Mischindex 2025, basierend auf der Ausgangslage vom 31. Dezember 2022, höher wäre als die Rente mit der Anpassung um 7 bis 14 Franken, die wir jetzt vornehmen würden, dann gäbe es eine Anpassung beim Mischindex. Damit wäre die Teuerungsanpassung, die diese Vorlage jetzt vorsieht, konsumiert. Die Rente wäre dann wieder im Normalmass. Wir hätten mit dem Mischindex quasi einfach die Teuerung vorgezogen. Wenn der Mischindex per 2025 zu einer tieferen Rente führen würde als die Anpassung an die Teuerung, die wir jetzt beschliessen könnten, würde es keine Senkung geben. Nur eine Erhöhung ist möglich. Der Mischindex auf der Basis 2022 würde also erst wieder angepasst, wenn die Anpassung, die wir jetzt aufgrund der Teuerung vornehmen können, quasi konsumiert ist. Das ist die Ausgangslage.

Wir haben die Eintretensdebatte geführt. Mit 6 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen sind wir eingetreten. Wir haben dann noch eine Diskussion zum Bundesbeitrag geführt, zu welcher ich später noch komme. Vonseiten der Minderheit wird gesagt, es handle sich bei der Erhöhung von 7 Franken um eine Mikroregelung, die kompliziert und mit Aufwand verbunden sei. Ich trage die Voten der Minderheitssprecher hier nicht vor. Aus Sicht der Mehrheit spricht dafür, dass es ein Auftrag des Parlamentes ist, hier etwas zu tun. 7 Franken mal 12 ergibt doch einen wesentlichen Betrag für Leute, die nur die Minimalrente und sonst nichts haben. Hier soll man nicht knausrig sein und das jetzt tun. Da der Bundesrat eine kluge Lösung gefunden hat, indem er die Änderung erst per 1. Juli 2023 einführt und keine rückwirkenden Übungen vornimmt, sollte es auch verwaltungstechnisch einfacher sein.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der Kommissionsmehrheit, einzutreten und dann die Detailberatung vorzunehmen.

Kuprecht Alex (V, SZ): Das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung sieht in Artikel 33ter eine klare Regelung vor, wie aufgelaufene Teuerungen ausgeglichen werden. Der Bundesrat hat mit seinem Entscheid vom Oktober, dass die Renten per 1. Januar dieses Jahres um 2,5 Prozent angepasst werden, genau diesem sogenannten Mischindex entsprochen. Die neuen Renten sind somit per 1. Januar



dieses Jahres in Kraft getreten und gültig.

Bei der Differenz, über die wir jetzt sprechen, geht es um 0,3 Prozent Teuerung. Diese 0,3 Prozent Teuerung bedeuten für jemanden, der eine Minimalrente bekommt, 25 Rappen am Tag. 25 Rappen am Tag! Für denjenigen, der eine Maximalrente bekommt, sind es 50 Rappen am Tag. Das ist der Gegenstand dieser Diskussion. Wenn man die Kosten anschaut, die diese Differenz ausmacht, so sieht man: Wir bewegen uns bei insgesamt 472 Millionen Franken für diese zwei Jahre, nämlich bei 418 Millionen Franken für die AHV und 54 Millionen Franken für die Invalidenversicherung. In diesen Mehrkosten sind die Kosten bei den Ausgleichskassen nicht einberechnet, sie kommen noch dazu. Diese Kosten werden dann dort anfallen und getragen werden müssen, und sie sind hoch, weil der administrative Aufwand für die 25 oder 50 Rappen am Tag relativ umfangreich ist.

AB 2023 S 75 / BO 2023 E 75

Diese Mehrkosten gehen voll zulasten der AHV-Rechnung, das heisst zulasten des AHV-Ausgleichsfonds. Der Ausgleichsfonds hat im letzten Jahr ein bisschen gelitten. Er hat nämlich ein Minus von 12 Prozent erreicht. Ich glaube, wir müssen sorgsam mit diesen Geldern umgehen. Der Bund wird nicht zum Handkuss kommen. Der Bundesbeitrag wird nicht entrichtet, das heisst, er geht ebenfalls voll zulasten des Ausgleichsfonds.

Ich komme zum Fazit: Wir haben eine Vorlage vor uns, wie ich in 19 Jahren in diesem Saal noch nie eine gesehen habe. Sie hat eine kleine Wirkung mit unwahrscheinlich grossen Kostenfolgen. Das Verhältnis von Kosten und Wirkung ist in keinem annehmbaren, in keinem akzeptablen Verhältnis. Wir befinden uns hier nicht mehr in einer normalen Gesetzgebung, sondern in einer Mikrogesetzgebung. Ich muss es leider so sagen. Anders kann man diese Regelung für einen zusätzlichen Betrag von 25 Rappen pro Tag nicht benennen.

Ich werde den Verdacht nicht los, dass man dieses Geschenk im Hinblick auf die Wahlen im Oktober dieses Jahres macht und sich deshalb spendabel zeigt. Die Gesetzgebung entspricht so, wie sie jetzt vorgesehen ist, nicht der Kammer, in der wir sitzen. Sie entspricht nicht dem ständerätlichen Tun und Denken, und sie entspricht nicht der *Chambre de Réflexion*. Wir schaffen damit ein Präjudiz für künftige Rentenanpassungen, und ich wage heute Folgendes zu behaupten: Wenn die Teuerung nächstes Jahr 2,5 Prozent beträgt, dann werden die gleichen Kreise wieder kommen und wieder eine ausserordentliche Teuerungsanpassung verlangen, dies allenfalls entgegen dem Mischindexgedanken, den es im AHVG gibt.

Ich bin jederzeit für gute Verbesserungen bei der AHV zu haben. Ich habe seinerzeit, 2020, bei der Vorlage zur Altersvorsorge beantragt, die 70 Franken für eine Erhöhung der Minimalrente zu verwenden; der Herr Bundespräsident weiss das. Das wurde abgelehnt. Es wären dann pro Monat etwa 350 Franken mehr gewesen. Und jetzt befassen wir uns mit einer Erhöhung von 25 Rappen pro Tag. Das steht einfach in keinem Verhältnis. Deshalb möchte ich Sie bitten, gleich zu entscheiden wie der Nationalrat und auf dieses Geschäft nicht einzutreten. Dann ist dieses Geschäft gestorben.

Die Teuerungszulage wird nach wie vor bezahlt. Gibt es 2023 und 2024 wieder eine höhere Teuerung, dann liegt es am Bundesrat, diese Teuerung wieder auszugleichen. Ich gehe davon aus, dass er dann wieder die gesetzlichen Bestimmungen, die wir in Artikel 33ter haben, anwenden und die Renten wieder entsprechend anpassen wird.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Dittli Josef (RL, UR): Ich verstehe nicht, warum wir den gesetzlich sauber geregelten Mischindex nun mit einer separaten, zusätzlichen Lösung übersteuern wollen. Es kommt noch dazu – auch das ist im Gesetz festgeschrieben –, dass der Bundesrat ohnehin die Möglichkeit hat, die Teuerung ab einer Zunahme von 4 Prozent sofort auszugleichen. Das kommt noch dazu!

In den Jahren zwischen 2000 und 2021 sind die Renten wegen der Lösung des Mischindex um total 19 Prozent gestiegen. Der Anteil der Teuerung daran betrug lediglich 8 Prozent. Wir haben hier also ein Regime, das grundsätzlich funktioniert und das wir jetzt weder verletzen noch verlassen sollten. In diesen 20 Jahren gab es auch diverse Jahre mit einer Negativteuerung: 2009 waren es minus 0,5 Prozent, 2012 minus 0,7 Prozent, 2013 minus 0,2 Prozent, 2015 minus 1,1 Prozent, 2016 minus 0,4 Prozent und 2020 erneut minus 0,7 Prozent. Niemand, rein gar niemand hat damals nach weniger Erhöhung geschrien.

Schauen wir uns nun noch ganz speziell das Jahr 2016 an: 2015 und 2016 hatten wir insgesamt eine Minusteuerung von 1,5 Prozent. Weiter hatten wir beim Lohnindex eine Entwicklung knapp über null. Beim Mischindex lagen wir also tief im Minusbereich. Im Grunde hätte man die Renten damals nach diesem Regime konsequenterweise um 6 Franken senken müssen – ich wiederhole: um 6 Franken senken müssen! Ich stütze mich dabei auf eine Quelle von *Avenir Suisse*. Das hat niemand gemacht. Es hat auch niemand danach geschrien. Das ist verständlich; wenn ich im Bundesrat gewesen wäre, hätte ich das auch nicht gemacht. Rentenkürzungen vor diesem Hintergrund, das ist nicht attraktiv. Aber nun müssen wir doch konsequent sein



und jetzt, da die Teuerung einmal etwas über dem Mischindex liegt, und zwar lediglich 0,3 Prozent, dieses System auch akzeptieren, umso mehr, als es, wie es Kollege Kuprecht gesagt hat, mit hohen Kosten und einem geringen Nutzen verbunden ist.

Ich bitte Sie, der Minderheit Kuprecht zu folgen.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): Quand nous avons discuté et accepté la motion, en décembre dernier, qui a conduit à la loi urgente dont nous discutons aujourd'hui, nous l'avons fait parce que nous étions conscients qu'il fallait faire quelque chose pour aider les retraités face à l'augmentation des prix et à la hausse des primes-maladie, qui frappent aussi fortement les personnes au bénéfice de l'AVS ou de l'AI.

C'est pourquoi nous avons décidé, avec cette motion, de demander au Conseil fédéral une adaptation extraordinaire des rentes de l'AVS et de l'AI de manière à compenser intégralement le renchérissement. Cela a été dit par le rapporteur, cela veut dire adapter le montant de la rente minimale de 7 francs par mois, tandis que celui de la rente maximale serait relevé de 14 francs par mois. Cela s'ajoute aux décisions qui ont déjà été prises par le Conseil fédéral d'augmenter les rentes de 30 et 60 francs respectivement, en procédant cette année à une adaptation sur la base de l'indice mixte.

Pourquoi cette adaptation, qui peut paraître modeste, est-elle quand même nécessaire? Je l'ai dit tout à l'heure en rappelant le débat du mois de décembre: c'est nécessaire parce que la situation devient de plus en plus difficile pour les retraités face à l'augmentation des prix du logement et des primes-maladie. Même l'adaptation sur la base de l'indice mixte qui a été décidée par le Conseil fédéral n'est pas suffisante. Cela correspond à une augmentation de 2,5 pour cent des rentes AVS, mais c'est quand même inférieur au renchérissement. Même la proposition contenue dans la loi urgente dont nous discutons ne prend en compte que l'année 2022, bien que cette limitation à 2022 ne figure pas dans le texte de la motion.

A la fin, il serait plus juste de prendre également en compte l'année 2021, mais nous devons maintenant discuter d'une loi qui prévoit au moins cette adaptation supplémentaire minimale qui est, comme je l'ai dit tout à l'heure, nécessaire pour répondre à certains besoins des retraités.

Je suis consciente, comme toutes les personnes ici présentes, qu'il faut faire encore plus pour aider les personnes à la retraite à faire face au coût de la vie. Cela nécessite une discussion sur une augmentation des rentes qui ne soit pas seulement limitée dans le temps, mais qui vise le long terme. Nous aurons prochainement cette discussion dans le cadre de l'initiative pour une 13e rente AVS.

Je pense que le pas minimal dont nous avons largement discuté au mois de décembre doit aujourd'hui être fait. Les réactions de la population après la décision prise hier par le Conseil national de ne pas entrer en matière sur cette loi urgente montrent que la population attend de nous que nous respections nos engagements. Cet engagement, nous l'avons pris, comme je l'ai dit tout à l'heure, au mois de décembre, conscients qu'il faut donner des réponses et conscients qu'il s'agit d'un pas nécessaire, même s'il n'est pas encore suffisant.

L'augmentation des loyers, l'explosion des primes d'assurance-maladie, les charges qui augmentent et s'alourdissent, le renchérissement, tout cela entraîne une perte de pouvoir d'achat, et même une perte massive du pouvoir d'achat pour les gens à la retraite. D'ici fin 2024, celle-ci pourrait atteindre 8 pour cent du revenu, soit l'équivalent de 450 francs par mois. Vous comprendrez que cela représente beaucoup pour les personnes qui n'ont qu'une rente AVS ou une rente minimale dans le deuxième pilier.

Je vous invite donc à entrer en matière et à concrétiser la décision que nous avons prise au mois de décembre en adoptant la motion. C'est un pas qui peut paraître modeste, mais qui est quand même très important pour les gens à la retraite. C'est aussi un pas qui est faisable du point de vue technique,

AB 2023 S 76 / BO 2023 E 76

comme cela a été très bien expliqué par le rapporteur de la commission. Cette loi urgente nous permet de faire un pas significatif pour les gens qui sont à la retraite.

Caroni Andrea (RL, AR): Nur noch eine ergänzende, kurze staatspolitische Anmerkung: Der Minderheitssprecher hat erwähnt, dass wir hier Mikrogesetzgebung betreiben. Es ist aber noch schlimmer: Wir betreiben dringliche Mikrogesetzgebung. Wir haben zum Instrument des dringlichen Bundesgesetzes gegriffen, und das ist eigentlich für Fälle vorgesehen, in denen es quasi um Leben und Tod geht.

Machen wir doch ein kleines Gedankenexperiment. Entstanden ist die Idee – das kann ich noch nachvollziehen – in Zeiten, wo Inflationszahlen in schwindelerregender Höhe herumgeboten wurden. Man dachte in der Schweiz, es würde viel höher gehen, und man hat im Ausland Zahlen gesehen, die zweistellig waren, auch ausserhalb von Venezuela – da kommt man auf solche Ideen. Jetzt reden wir aber von einem Delta von 0,3 Prozent, und das Gedankenexperiment ist ganz simpel: Nehmen wir an, der Bundesrat hätte nichts ausgegli-



chen und die Inflation hätte einfach 0,3 Prozent betragen. Das Delta wäre genau dasselbe gewesen, und wir würden auch von 0,3 Prozent sprechen, aber niemand wäre dem Schwindel dieser hohen Zahlen anheimgefallen. Niemand hätte gesagt: "0,3 Prozent Inflation, und nichts wird ausgeglichen – wir brauchen ein dringliches Bundesgesetz!" Auf diese Idee wäre niemand gekommen. An diesen Punkt sollten wir zurückkehren und auch im Wahljahr keinen Schabernack mit der dringlichen Bundesgesetzgebung treiben. Ich bitte Sie daher, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Berset Alain, président de la Confédération: La première chose que je dois vous dire est que, évidemment, dans un fonctionnement bien compris des institutions, vous commandez et nous livrons, pas des pizzas, mais des projets.

C'est simple: il y a une motion, qui demande exactement ce que nous vous avons livré. Il s'agissait même de plusieurs motions, auxquelles le Conseil fédéral était opposé, il faut le rappeler, et qui ont été adoptées par le Parlement en décembre. Naturellement, dans des conditions pas toujours simples, d'ailleurs, car il a fallu travailler très vite, nous avons élaboré le projet, et nous l'avons livré; vous l'avez maintenant sur la table. Il a commencé son parcours au Conseil national, qui n'est pas entré en matière, après un vote assez serré. Vous avez maintenant ce projet sur vos pupitres et le débat dans la salle.

Je dirai peut-être quelques mots sur le contexte. L'année dernière, nous avons vécu une année avec une inflation qui n'a strictement rien à voir avec ce qu'ont connu les pays européens, dont l'inflation a parfois atteint les 8 ou 10 pour cent. Les pays qui ont connu une inflation à 5 ou 6 pour cent sont parmi les mieux lotis. Chez nous, elle est beaucoup plus faible. Mais cette inflation a été sans commune mesure par rapport à ce qu'on a connu ces dix dernières années, pendant lesquelles l'évolution a parfois été négative, ou en tous cas très faible, avec un pourcentage souvent proche de zéro.

L'année dernière, dans le contexte de cette inflation particulièrement élevée en comparaison des années précédentes, les mécanismes légaux habituels se sont appliqués. Le Conseil fédéral a pris note d'une inflation à 3 pour cent, d'une évolution des salaires à 2 pour cent. Il en a conclu que l'indice mixte s'élevait à 2,5 pour cent et a décidé d'adapter les rentes au taux de 2,5 pour cent. Cela signifie que depuis le 1er janvier 2023, la rente minimale a été augmentée de 30 francs par mois et la rente maximale de 60 francs. Voilà quel est le contexte.

Dans ces conditions, et en connaissance de cause, le Parlement nous a transmis les motions dont je parlais tout à l'heure, qui ont conduit à l'élaboration de ce projet.

Ce projet est assez minimal, c'est vrai; nous avons centré la réflexion uniquement sur l'année 2022. Il n'y a pas eu de consultation publique, parce que l'ensemble était relativement urgent. Le Conseil fédéral vous propose également, vu l'état des finances de la Confédération, de ne pas charger la part de la Confédération pour cette évolution. On met donc entre parenthèses, en quelque sorte, ces 20 pour cent environ que la Confédération paye pour les dépenses de l'AVS pour cette augmentation spécifique.

Je dois encore préciser que le projet, tel que nous l'avons élaboré, concerne les prestations AVS, l'AI ainsi que les prestations complémentaires et les prestations transitoires. Ce projet de loi urgente a une durée limitée à deux ans, soit jusqu'à la prochaine adaptation des rentes prévue pour le 1er janvier 2025.

Comme vous en avez parlé ce matin, quelles sont les conséquences de ce projet? Sur le plan individuel, soit des rentières et des rentiers, ce sont 7 francs de plus par mois pour la rente minimale et 14 francs de plus par mois pour la rente maximale, avec toutes les gradations possibles entre les deux. Ce qu'on peut dire à ce sujet, c'est que, évidemment, 7 ou 14 francs par mois, soit 25 centimes par jour, nous disait M. Kuprecht tout à l'heure, ce ne sont pas des montants élevés. Mais le coût global, ce n'est pas un montant élevé non plus. Tout cela est à l'échelle. Le montant global, ce sont 418 millions de francs pour deux ans, cela fait 209 millions de francs par année, si on simplifie un peu le calcul, c'est environ 0,45 pour cent des dépenses annuelles de l'AVS.

Vu les dépenses annuelles de l'AVS, c'est en fait une petite part, moins d'un demi-pour cent. Ce n'est pas une surprise, parce que, si on prend les rentes, on voit que c'est aussi une petite part, environ un demi-pour cent. Le calcul est juste, ce n'est pas qu'il y aurait un coût élevé ou très élevé pour des prestations qui seraient faibles. Il y a une relation directe entre le coût et les prestations. C'est assez logique.

Nous avons affaire des deux côtés à des montants relativement faibles. Pourquoi? Parce qu'avec l'indice mixte, une partie est déjà fortement corrigée. Si le Conseil fédéral n'avait rien fait, alors là, effectivement, une pleine compensation de l'inflation signifierait une pleine compensation des 3 pour cent et cela correspondrait à environ 37 francs ou 74 francs. Ce sont des montants de cet ordre. Ce n'est pas le cas dans ce projet, parce que, avec l'indice mixte, une partie du renchérissement est déjà compensée.

Vous avez vu la proposition du Conseil fédéral. Nous n'étions pas favorables aux motions; nous ne sommes



pas non plus favorables à cet exercice. Mais, enfin, vous commandez, nous livrons. C'est le projet qui vous est soumis. A vous de décider ce que vous souhaitez en faire. Mais nous avons naturellement de la compréhension pour la minorité de la commission. Cela dit, c'est à vous qu'il appartient maintenant de décider comment vous souhaitez procéder. La seule chose que l'on peut souhaiter, si je peux le formuler ainsi, c'est que la décision soit claire, s'il vous plaît, que l'on sache où l'on va dans ce dossier. C'est oui ou c'est non, mais il faut que ce soit clair. Si c'est oui, il faut lever le frein aux dépenses; si c'est oui, il faut de la clarté sur la suite du processus. Parce qu'on est dans une situation dans laquelle il faut vraiment savoir ce qui doit être appliqué.

J'expose un dernier point si vous me le permettez. Je crois que tous les débats sont bons à faire, dès le moment où ils concernent un sujet d'intérêt public, où ils concernent un débat qui a été lancé au Parlement. Vous avez pris une décision tout à l'heure sur le projet 15.434 qui concerne très peu de gens, mais qui est extrêmement important pour les personnes concernées, qui entraîne des dépenses globales annuelles d'environ 100 000 francs. On pourrait dire que cela ne vaut même pas la peine d'en parler, parce que cela n'a presque pas de valeur, que ce n'est rien. Non, c'est important pour les personnes concernées.

Cela peut également être le cas ici. C'est bien que ce débat ait lieu. Je me réjouis de voir ce qui va se passer, et puis on mettra en oeuvre votre décision, quelle qu'elle soit, comme toujours.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 23.016/5659)

Für Eintreten ... 20 Stimmen

Dagegen ... 21 Stimmen

(1 Enthaltung)

AB 2023 S 77 / BO 2023 E 77

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Da beide Räte Nichteintreten auf die Vorlage beschlossen haben, ist das Geschäft damit erledigt.